

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste · Allgemeine Homosexuelle Aktion · Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten · Archaeological Review from Cambridge · Berliner Geschichtswerkstatt · Berliner Kulturrat · Berlin Guide · Interessenvereinigung Berliner Stadtführer · Berufsverband Bildender Künstler · Demokratischer Frauenbund · Deutscher Freidenkerverband · Elefanten Press Galerie · Evangelische Akademie · Evangelische Jugend Berlin · Freunde der Deutschen Kinemathek · Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft · Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft · Neue Gesellschaft für bildende Kunst · Neuköllner Kulturverein · Niederländisch-ökumenische Gemeinde · SJD · Die Falken · VVN · Verband der Antifaschisten · Werkbund Archiv

AKTIVES MUSEUM

FASCHISMUS UND WIDERSTAND



Geschäftsstelle: Köthener Straße 44 Tel.: (030) 261 76 61 FAX (030) 262 33 19
Konto: Berliner Sparkasse, Kto.Nr. 610012282 · BLZ 100 500 00

Mitgliederrundbrief Nr. 17

Juni 1992

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

heute kommen gleich zwei Rundbriefe - ein besonderer Fall. Wir sparen Porto und schicken zwei zusammen, weil wir weder die Berichte über Veranstaltungen und Aktionen der letzten Wochen bis nach der Sommerpause liegen lassen wollten noch die Dokumentation der zweijährigen Arbeit der AG "Frauen als Täterinnen im NS".

Wir wünschen einen schönen Sommer und gute Erholung. Nach den Ferien hoffen wir im nächsten Rundbrief dann wieder über neue Entwicklungen der Stiftung "Topographie des Terrors" auf dem Gestapogelände berichten zu können.

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.
Köthener Str. 44, 1000 Berlin 61

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-------|
| Mitgliederversammlungen des Aktiven Museums | S. 3 |
| Ausstellungsverlängerung im Thälmannpark | S. 3 |
| Berichte über Martin Schönfelds Buch: Gedenktafeln in Ost-Berlin, Orte der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus Schriftenreihe des Aktiven Museums Nr. 4 | S. 4 |
| Fotos und Berichte von der Aktion des Aktiven Museums zum 8. Mai: Aktives Gedenken statt großdeutscher Gedanken | S. 8 |
| Gedenkfeier am 18. Mai im Lustgarten | S. 12 |
| Antwort des Bundesministers der Finanzen auf unsere Anfrage wegen Entschädigungen für NS-Verbrecher | S. 16 |
| Antwort des NDR auf unsere Beschwerde wegen der Auftritte von Frey und Schönhuber in Wahl-Abend-Sendungen | S. 17 |
| Einladung der Aktion Sühnezeichen zu Workcamps in Gedenkstätten oder jüdischen Friedhöfen | S. 19 |
| Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte 1992 | S. 20 |
| Aus der Arbeit unserer Dokumentationsstelle: Fundstück, das beim Neu-Ordnen der Zeitungs- Ausschnittsammlung auffiel | S. 22 |
| Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss | |

Mitgliederversammlungen des Aktiven Museums:

Auf der 1. ordentlichen Mitgliederversammlung am 14. Mai wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Vorsitzende:

Dr. Christine Fischer-Defoy

Stellvertreter der Vorsitzenden:

Andreas Herbst
Thomas Lutz

Beisitzer:

Ursula Büchau
Hans Coppi
Jürgen Danyel
Rainer Heinrich
Annette Leo
Robert Zeiler

Damit ist der Vorstand mit 5 West- und 4 Ost-Berlinerinnen und -Berlinern besetzt.

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 3. 6. wurde über die im Mitgliederrundbrief Nr. 16 veröffentlichte Senatsvorlage zum Gestapo-Gelände beraten.

Die Protokolle beider Mitgliederversammlungen gehen den Mitgliedern in den nächsten Wochen zu.

Ausstellungs-Verlängerung

Die Ausstellung

Mit der Geschichte leben - Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert

wurde bis Ende September verlängert.

Ort: Museumswerkstatt im Thälmannpark, Nähe der Ecke Greifswalder Str./Dimitroffstr.

Öffnungszeiten: MO, MI 10.00 - 17.00 Uhr
DI, DO 10.00 - 19.00 Uhr

Ansprechendere Gedenktafeln

Aktives Museum veröffentlicht vollständiges Verzeichnis

Eine Überarbeitung der Gedenktafeln für Opfer des Nationalsozialismus hat das Berliner Aktive Museum Faschismus und Widerstand gefordert. Bei der Vorstellung seines Buchs „Gedenktafeln in Ost-Berlin“ rief Autor Martin Schönfeld am Mittwochabend dazu auf, die Gedenktafeln individueller zu gestalten. Eine Alternative bildeten nach Aussagen des Mitglieds des Aktiven Museums Schönfeld ergänzende Plexiglastafeln.

Viele Gedenktafeln im Ostteil seien für eine schlichtere Umgebung gestaltet worden und würden heute hinter Reklameplakaten verschwinden.

Der Bildband Schönfelds ist das erste vollständige Buch über Gedenktafeln im Ostteil. Es enthält auch frühere Erinnerungstafeln, die nicht mehr existieren. Viele Tafeln seien inzwischen abgenommen oder aber während der Wende mutwillig zerstört worden. So war erst kürzlich an der Ecke Pohlestraße/Dorotheenstraße eine Tafel beschmiert worden, die an die Köpenicker Blutwoche erinnerte. Dort befand sich ein ehemaliges SA-Lokal. Nach Meinung Schönfelds müsse das Gedenken zeitgemäß vermittelt werden. Eine ansprechendere Gestaltung könnte das drohende Vergessen der Opfer verhindern. eb

Berliner Zeitung, 28. 2. 92

Einzigartige Gedenklandschaft

»Aktives Museum Faschismus und Widerstand« bemüht sich um Erhalt der unzähligen Gedenktafeln in Ost-Berlin / Zwei von drei Tafeln sind Kommunisten gewidmet

Mitte. »Vergeßt es nie!« kann man auf ihnen lesen oder: »Die Toten mahnen die Lebenden«. Wer in Ost-Berlin nach Spuren der Vergangenheit forscht, kommt an den rund 160 Gedenktafeln und damit an der Erinnerung an die Verfolgten der NS-Zeit nicht vorbei — jedenfalls noch nicht. Denn seit der Wende verschwinden immer mehr Tafeln von den Häuserwänden oder werden zerstört. Deshalb bemüht sich das »Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.« um die Erhaltung und Ersetzung der Tafeln und hat jetzt das erste vollständige Buch über »Gedenktafeln in Ost-Berlin« herausgegeben. Am vergangenen Mittwochabend stellte Autor Martin Schönfeld die Ergebnisse seiner Recherche im Haus der Demokratie vor.

Die vorrangig in den 50er Jahren angebrachten Gedenktafeln sollten vor allem das Gedächtnis an kommunistische Widerstandskämpfer am Leben halten. Zwei von drei Tafeln

sind Kommunisten gewidmet. Die restlichen Tafeln erinnern an parteilose, sozialistische und kirchliche Verfolgte und an Juden beziehungsweise an jüdisches Leben. Allerdings geben die meist bronzenen Tafeln außer Name, Geburts- und Todestag wenig Hinweise auf das Leben der Verfolgten.

Außerdem gebe es noch »Erinnerungstafeln«, so Schröder, die hauptsächlich an Schulen, Straßen oder S-Bahnhöfen angebracht wurden, und den jeweiligen Orten ihren Namen gaben. Diese Namenspatronen hätten häufig Vorbildcharakter und damit eine pädagogische Funktion gehabt. Großes Problem sei, daß die Tafeln unmittelbar mit dem politischen System der DDR, und nicht mit dem Widerstand gegen die Nationalsozialisten in Verbindung gebracht würden. Als »Altlast« betrachtet, verschwinden sie, häufig nach Renovierungsarbeiten, und niemand wollte bei Nachfrage wissen, wohin. Dabei drohe laut Schröder

»eine einzigartige Gedenklandschaft verloren zu gehen«.

Eine der ersten von 24 Tafeln, die der Zerstörung nach der Wende zum Opfer fiel, war an der Unterführung zum Bahnhof Friedrichstraße angebracht. Sie erinnerte an zwei Soldaten, die in den letzten Kriegstagen 1945 ermordet wurden, weil sie sich weigerten, weiterhin am Kampf um Berlin teilzunehmen. Diese Tafel wurde nun bereits zum dritten Mal symbolisch vom Aktiven Museum durch ein Plexiglas-Schild ersetzt.

Die Erhaltung der Tafeln soll vor allem die gedankliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Widerstandes sichern. Doch dies scheitert nach Meinung Schröders häufig bereits an der Präsentation: »Die Tafeln sagen einfach zu wenig über die Widerstandskämpfer aus.«
 sos
 Martin Schönfeld: »Gedenktafeln in Ost-Berlin, Orte der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus«, Schriftenreihe des Aktiven Museums, Nummer 4.

taz, 28. 2. 92

Bemerkungen

Tafeln in Ost

Mit Umsicht und Fleiß hat ein junger Mann Orte der Erinnerung aufgesucht und registriert, die dem Gedenken an die Opfer der Nazi-jahre gewidmet sind oder waren.¹⁾ Nicht wenige Erinnerungstafeln verschwanden, zum Beispiel jene unter der Brücke des Bahnhofs Friedrichstraße, neben dem Eingang zur Buchhandlung: »Kurz vor Beendigung des verbrecherischen Hitlerkrieges wurden hier zwei junge deutsche Soldaten von entmenschten SS-Banditen erhängt.« Sie wurde im Oktober 1990 gewaltsam entfernt, und man fragt sich, wer daran Interesse hatte. Inzwischen ist bereits zum dritten Mal eine Ersatztafel aus Kunststoff angebracht worden.

Martin Schönfeld hat in seinem mit 122 Bildern und 12 Plänen illustrierten Buch »Gedenktafeln in Ost-Berlin« ein vollständiges Verzeichnis jener Gedenk- und Erinnerungstafeln geschaffen, soweit sie sich auf die Jahre 1933 bis 1945 beziehen. Aber viele wurden entfernt oder mutwillig zerstört, andere wieder verschwinden in einer Überfülle von Reklamen aus dem Gesichtsfeld. So war es höchste Zeit, sich um die Tafeln zu kümmern, damit wenigstens ihre Existenz dokumentiert werden kann. Plötzlich gibt es dafür eine Nachwelt...

Es läßt sich viel herauslesen: 60 Prozent der Tafeln sind kommunistischen Widerstandskämpfern gewidmet, aber nur 6 Prozent sozialdemokratischen; 3 Prozent dem

¹⁾ Martin Schönfeld: Gedenktafeln in Ost-Berlin, Schriftenreihe Aktives Museum, Band 4, Berlin 1991

kirchlichen Widerstand. Sala und Martin Kochmann sind auf ihrer Gedenktafel nicht als jüdische Widerstandskämpfer erwähnt in der Herbert-Baum-Gruppe, der Kommunisten und Juden angehörten. Das sind Feinheiten, von Tagespolitik verwischt.

Registriert werden muß – um es mal so zu nennen – Lieblosigkeit, zum Beispiel: »Aus diesem Hause wurde 1942 J. Marcuse von der Gestapo abgeholt und kehrte nicht wieder zurück«, Zionskirchstraße 15. Es handelt sich, und Christine Fischer-Defoy betont das in ihrem Vorwort, um ein Frauenschicksal, um »Josephine Marcuse«, die nach Riga deportiert wurde in den Tod. Details müssen erwähnt werden. Dann werden Tafeln zu Mündern, die Geschichte erzählen...

Zuweilen hat der Verfasser nicht tief genug in die Vergangenheit geschaut, in die jüngere. Das Anbringungsdatum der Gedenktafel an die Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz am 10. Mai 1933 ist nicht »unbekannt«, sondern durch ein Buch verursacht worden, das sich mit den Lebensspuren des Menschenfreundes Moses Mendelssohn beschäftigt, 1979 erschienen...

Viel Einseitigkeit in den Tafel-Formulierungen, die oft genug in anhänglicher Impulsivität entstanden: Von »Banditen« ist zu lesen, aber das wirkt nach vierzig Jahren nicht mehr wie einst. »Vergeßt es nie!« ist kaum noch eine Mahnung in Zeiten schmeicheinder Werbung. Es muß noch viel nachgedacht werden über diese Sichtpunkte an den Häusern der Stadt. Was aber dort schon befestigt ist, sollte bleiben. Es kommentiert sich selber. Für Überbringer und für Weitergeber.

Heinz Knobloch

Gedenktafeln im Osten vergessen und zerstört

(jm). Immer mehr Ostberliner Gedenktafeln verschwinden hinter der bunten Westwerbung. Neonazis zerstören Tafeln, auf denen an die Greuel des Dritten Reichs erinnert wird. Hausbesitzer montieren die Gedenktafeln ab, weil sie neu verputzen wollen oder Platz brauchen für Firmenschilder. Kaum einer bemerkt, wie schnell Spuren der Vergangenheit verwischt werden. Dean: „Nichts ist so unauffällig wie ein Denkmal“, schrieb bereits der Dichter Robert Musil.

Dabei gibt es offiziell 202 Gedenktafeln in dieser Hälfte Berlins. Sie zeigen: Hier ist ein historischer Ort – oder sie erinnern an wichtige Personen und Ereignisse. In der DDR hatten Gedenktafeln für die Zeit des Nationalsozialismus natürlich auch einen politischen Zweck:

Auf etwa 60 Prozent der Tafeln wird dem kommunistischen Widerstand gegen die Nazis gedacht. Parteilose sind nur noch mit 14 Prozent vertreten, gefolgt von jüdischen Opfern mit 10 Prozent, Sozialdemokraten mit 6 Prozent und kirchlichem Widerstand mit 3 Prozent. Der Rest verteilt sich auf Deserteure, Emigranten oder Interbrigadisten. Überhaupt keine Gedenktafeln erhielten andere Verfolgte des Naziregimes: Konservative, Homosexuelle, Behinderte, Sinti und Roma. Auffallend ist auch, daß kaum Frauen geehrt wurden; nur 16 Gedenktafeln sind ihnen gewidmet. Der 2. Sonntag im September war zu DDR-Zeiten „Ge-

denktag für die Opfer des Faschismus“. Jeder Bezirk hatte ein Denkmal oder eine Gedenktafel, wo sich Parteifunktionäre trafen und Kränze niederlegten. Dabei ging es nicht um echtes Gedenken an die Person, die Taten oder das Schicksal des „Wider-

standskämpfers“. Wichtig war allein das abstrakte Ritual der Ehrung eines Vorkämpfers der eigenen Partei. Deshalb haben die Gedenktafeln oft einen genormten Text, nur Name und Lebensdaten wurden geändert. Am Ende des Textes steht meistens der Befehl: „Vergeßt es nie!“ Ein Buch gegen das Vergessen der Gedenktafeln hat jetzt der Historiker Martin Schönfeld geschrieben. Es heißt 'Gedenktafeln in Ost-Berlin' und ist über das Aktive Museum, Köthener Straße 44 in Berlin 61 zu erhalten.



Kaum noch sichtbar ist die Gedenktafel für Klara Schabbel in der Conrad-Blenkle-Straße 63. Die dunkle Metalltafel ist hinter den grellen Schildern eines Tabakladens verschwunden. Während der Nazizeit versteckte sie zuhause Widerstandskämpfer. Klara Schabbel ist eine von nur 16 Frauen, die eine Gedenktafel erhalten haben.

Foto: Stolpmann

Berliner Abendblatt, 25.3. 92, Ausgabe Prenzlauer Berg
der gleiche Artikel mit jeweils einer anderen Abbildung
erschien auch in den anderen Bezirksausgaben

Immer mehr Gedenktafeln geklaut

DDR-Gedenktafeln von Andenkenjägern abmontiert oder von Vandalen zerstört

Berlin. Sie kündeten von der Überlegenheit des Sozialismus oder rühmten die antifaschistische Tradition der DDR: Gedenktafeln waren für das SED-Regime wichtige politische Symbole. Jetzt drohen sie aus dem ostdeutschen Straßenbild zu verschwinden — von Souvenirjägern abmontiert oder von vandalistischen Jugendlichen zerstört.

Im April 1945 erhängte die SS zwei junge Soldaten, die den sinnlosen Kampf nicht fortsetzen wollten, an den Gittern eines Buchladens in der Friedrichstraße. Einer mußte vor der Brust ein Schild mit der Aufschrift tragen »Ich war zu feige, meine Eltern zu verteidigen«. Ende 1952 ließ die SED neben dem Eingang der Buchhandlung eine Gedenktafel zur Erinnerung an die beiden Ermordeten anbringen. Nach der Wende in der DDR rissen Unbekannte die Tafel von der Wand. Der Verein Aktives Museum brachte daraufhin eine neue Kunststoffplatte mit dem alten Text an. Zweimal wurde die Ersatztafel wieder abmontiert, zweimal ließ der Verein eine neue anschrauben.

»Ich fürchte, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die auch wieder weg ist«, sagt Christiane Hoss vom Aktiven Museum. »Dieser Vandalismus muß endlich aufhören. Die Gedenktafeln sind wichtige historische Dokumente für das Selbstverständnis der DDR.« Allein in Ostberlin sind nach Recherchen des Historikers Martin Schönfeldt, der ein Buch zum Thema verfaßt hat, im vergangenen Jahr 24 oder knapp 200 Gedenktafeln zerstört oder gestohlen worden. Mittlerweile dürften es erheblich mehr sein. In anderen ostdeutschen Städten sieht es ähnlich aus.

Im Keller verstauben die Tafeln

Nach dem Fall der Mauer hatte der Berliner Magistrat verfügt, den Namen Erich Honecker und das Parteikürzel SED von allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen zu entfernen. In einem Keller des Märkischen Museums verstauben seither Gedenktafeln mit den entsprechenden Inschriften. So heißt es auf einer Platte, die vor dem Schauspielhaus am heutigen Gendarmenmarkt in den Boden eingelassen war: »Buchstäblich aus

Ruinen auferstanden, wird das Berlin von heute immer mehr zu einem Symbol für den Siegeszug des Sozialismus auf deutschem Boden. Erich Honecker 1979.«

Anders als in der Frage der DDR-Denkmäler herrscht unter den Parteien weitgehend Einigkeit darüber, daß die noch vorhandenen Gedenkta-

fel erhalten bleiben sollen. »Wir wollen lediglich Wandplatten mit ganz grotesken Inhalten abmontieren«, sagt der Vorsitzende der Denkmalkommission von Berlin-Mitte, Martin Gaber. »Es muß ja nicht unbedingt an einen Besuch Lenins im Deutschen Theater erinnert werden.«

Ralf Neukirch/ap

taz, 11. 4. 92



Fotos: Robert Zeiler

Deutschlandhaus als Zankapfel

Eine Etage des Deutschlandhauses sollte nach Ansicht des Vereins „Aktives Museum – Faschismus und Widerstand“ für die Planung der Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ genutzt werden. Das Haus am Anhalter Bahnhof, erbaut Ende der zwanziger Jahre, wird seit 1961 unter anderem vom Berliner Landesverband der Vertriebenen und verschiedenen Landsmannschaften genutzt. Am Freitag entrollten Vereinsmitglieder vor dem Deutschlandhaus ein Transparent mit der Aufschrift „Aktives Gedenken statt großdeutscher Gedanken!“.

Das Deutschlandhaus ist Eigentum des Bundes. Es wird von der Stiftung Deutschlandhaus verwaltet, in deren Kuratorium zu gleichen Teilen das Bundesinnenministerium, der Senat und der Landesvertriebenenverband vertreten sind. Wie aus der Stiftung zu erfahren war, wurden kürzlich die Räume der „Gesellschaft für Zivilschutz“ im Deutschlandhaus frei. Die Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ soll 1995 auf dem angrenzenden ehemaligen Gestapo-Gelände eröffnet werden.

Der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen, Gerhard Dewitz, wies den Vorwurf „großdeutscher Gedanken“ als böswillig und ungerechtfertigt zurück. cis

Tagesspiegel, 9. 5. 92

Begehrtes Deutschlandhaus

„Aktives Museum“ fordert Räume der Vertriebenenverbände

Schnell war das Transparent entrollt: „Aktives Gedenken statt großdeutscher Gedanken“. Mitglieder des Vereins „Aktives Museum Faschismus und Widerstand“ demonstrierten am Freitag vor dem Deutschlandhaus an der Kreuzberger Stresemannstraße, um an die bedingungslose Kapitulation der Nationalsozialisten am 8. Mai 1945 zu erinnern. In dem Gebäude residieren der Berliner Vertriebenenverband und viele Landsmannschaften.

Die Räume im Deutschlandhaus müssten der Stiftung „Topographie

des Terrors“ für die nächsten Jahre überlassen werden, forderte Thomas Lutz vom Aktiven Museum. 1995 soll nach einem Beschluß des Berliner Senats eine Gedenkstätte auf dem nahegelegenen ehemaligen Gestapo-Gelände eröffnet werden. Die Stiftung müsse nun mit der Arbeit beginnen. Auch angesichts fehlender Finanzmittel sollten die Vertriebenenverbände, wie die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, nicht mehr unterstützt werden. „Ihre Funktion hat sich historisch überlebt“, sagte Lutz. eb

Berliner Zeitung, 9. 5. 92

Landsmannschaften blockieren Deutschlandhaus

„Aktives Gedenken statt großdeutscher Gedanken!“ Nur wenige Passanten verhielten den Schritt angesichts dieser Forderung vor dem Deutschlandhaus in der Stresemannstraße. Am 47. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus unterstrich der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. mit einer kleinen Demonstration seine Bemühungen. Auf dem benachbarten Gelände soll nach einem Beschluß des Senats vom 13. Februar 1992 die Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ am 50. Jahrestag der Kapitulation Nazideutschlands eröffnet werden.

Um die notwendige Arbeit in drei Jahren bewältigen zu können, benötigt die Stiftung „Topographie des Terrors“ dringend Büroräume. Als Interimslösung schlägt der Verein vor, im angrenzenden Deutschlandhaus, das dem Bund gehört, sofort Räume für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Zur Zeit residieren hier neben der Stiftung Deutschlandhaus (gegründet 1952 unter dem Namen „Haus der ostdeutschen Heimat“) zahlreiche Vertriebenenverbände. Angesichts des politischen Wandels in Europa und der Freundschaftsverträge mit osteuropäischen Staaten lehnt der Verein die fast vollständige

Finanzierung dieser Verbände aus öffentlichen Mitteln und ihre Unterstützung durch Überlassung von Büroräumen im Deutschlandhaus ab. In der 3. und 4. Etage befinden sich allein 16 Landsmannschaften mit eigenen Zimmern. Thomas Lutz, stellvertretender Vorsitzender des Vereins, schloß Umleitung der Gelder zu Gunsten der Stiftung „Topographie des Terrors“ und Zusammenrücken auf eine Etage vor. Als groteskes Beispiel führte er an, daß noch im zweiten Jahr nach der deutschen Vereinigung eine Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg besteht. eb

Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 21. 5. 92

Folklore oder Faschismusforschung

Bürgerinitiative fordert Räume für »Topographie des Terrors« im Deutschlandhaus, Sitz der Vertriebenen / Bergmann unterstützt Anliegen

Kreuzberg. Schautafeln zum Nazi-terror statt schlesischen Trachtenpuppen? Die Berliner Vertriebenenverbände im »Deutschlandhaus« am Askanischen Platz in unmittelbarer Nähe des Gestapo-Geländes sollen Platz machen für die »Topographie des Terrors«. Das jedenfalls fordert der Verein »Aktives Museum Faschismus und Widerstand« in drei Briefen an Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD), Arbeitssenatorin Christine Bergmann (SPD) und Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU), deren Verwaltungen für die »Stiftung Deutschlandhaus« zuständig sind. Die Funktion der Vertriebenenverbände sei spätestens seit dem Anschluß von Freundschaftsverträgen mit Polen und der CSFR historisch genauso überlebt wie die öffentliche Finanzierung der Stiftung durch jährlich 2,5 Millionen Mark aus Bonn, so die Bürgerinitiative, die maßgeblich an der Sicherung des Gestapo-Geländes als »Denk-Ort« beteiligt war. Gleichzeitig aber suchten die MitarbeiterInnen der »Topographie des Terrors« händeringend nach einer Interimslösung für ihre Raumnöte, zumal nach der Senatsplanung dort in drei Jahren die gleichnamige Stiftung eröffnet werden soll.

Arbeitssenatorin Bergmann hat bereits positiv reagiert: Sie will den Bundesinnenminister schriftlich bitten, ob nicht wenigstens ein Teil der

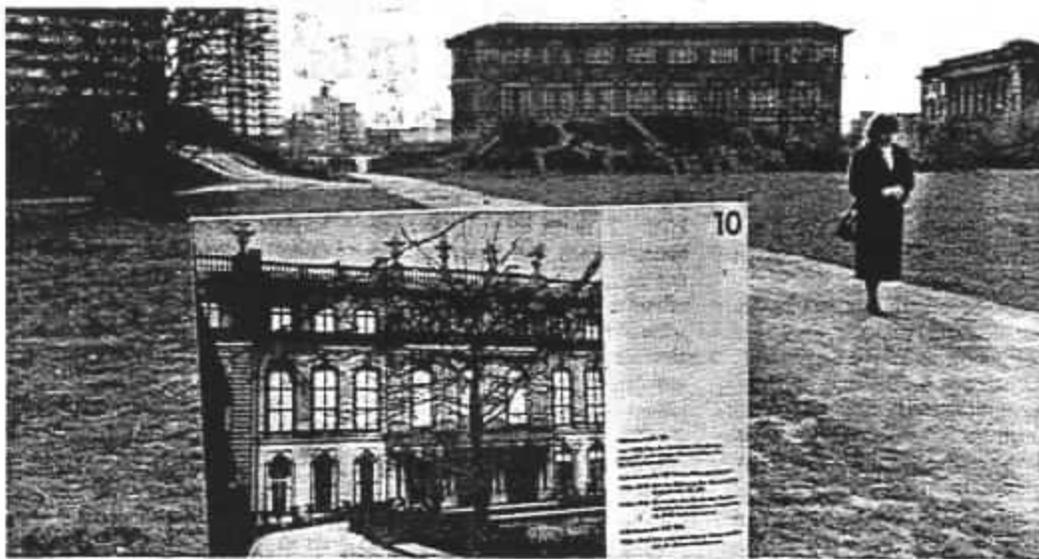
Räume abgegeben werden könnte. Denn formal, erläuterte ihr Pressesprecher, besitze sie keine Zuständigkeit: Die 1952 unter der Trägerschaft der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales gegründete »Stiftung Deutschlandhaus« — Zweck: »Pflege und Erhaltung des ostdeutschen Kulturgutes« — sei auch nur einer von mehreren Mietern im Haus. Vermieter sei der Bund.

Tatsächlich scheint das Gebäude, in dem das Modell einer trutzigen Wartburg die BesucherInnen empfängt, seit dem Ende des Kalten Krieges nicht eben voll bis unters Dach genutzt zu werden. Die dortige »Gesellschaft für Zivilschutz« hat sich bereits aufgelöst. Auch in der ehemaligen »Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen«, einst eingerichtet zur Entlarvung der DDR-Mißwirtschaft und nunmehr umbenannt in »Forschungsstelle für deutsche und gesamteuropäische Integrationspolitik«, sieht selbst die »FAZ« als Anachronismus: »Nach dem Ende des Kampfes muß nicht nur der Verlierer das Schlachtfeld verlassen, sondern auch der Sieger.« Im dritten und vierten Stock, in dem »deutsches Volksgut« in Form von Bierkrügen und Bauerntrachten bewundert werden kann, befinden sich diverse Vertriebenenverbände und Landsmannschaften. Darunter allerdings man-

che, die rein kulturell orientiert sind und noch nie Gebietsansprüche gestellt haben, zum Beispiel die Rußlanddeutschen. Andere aber, wie der Berliner Landesverband der Vertriebenen und ihr Chef Gerhard Dewitz, stehen voll hinter Herbert Czaja, der als Chef des »Bundes der Vertriebenen« gegen die Verträge mit Polen und der CSFR und die »Verzichtspolitik« mobilisierte. Auch Dewitz stimmte als früherer CDU-Abgeordneter gegen den Polenvertrag.

Daß am vergangenen Freitag eine kleine Schar des »Aktiven Museums« unter dem Motto »Aktives Gedenken statt großdeutscher Gedanken« vor dem »Deutschlandhaus« ihr Anliegen zu demonstrieren wagte, empföhrte den Chef der »Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg«. Dewitz zur taz: »Das ist die Sprache der SED und der Kommunisten.«

In diesem Fall eher der AL. Ihr Abgeordneter Albert Eckert geht nämlich noch weiter und fordert die Umnutzung des »Deutschlandhauses« zum »Haus der Menschenrechte«. Amnesty international, der Humanistischen Union und anderen Organisationen sei zwar ein Haus in der Lötumstraße am Prenzlauer Berg angeboten worden, aber das könne nur eine Zwischenlösung sein. Das Gestapo-Gelände brauche einen »Ort der aktiven MahnerInnen und WächterInnen«. — Ute Scheub



Topographie des Terrors auf dem Prinz-Albrecht-Gelände

Foto: Henning Langenheim

Auf die im Artikel von Ute Scheub vom 20. 5. erwähnten Briefe des Akiven Museums hat der Bundesminister des Innern inzwischen (negativ) geantwortet. Senatorin Dr. Bergmann hat im Einvernehmen mit Senator Roloff-Momin unser Anliegen gegenüber dem Bundesminister des Innern unterstützt. Die Antwort auf ihren Brief nach Bonn ist uns noch nicht bekannt. Vielleicht fällt sie etwas ausführlicher aus als die an uns, die im folgenden Artikel der taz zitiert ist.

»Topographie des Terrors« nicht ins Deutschlandhaus?

Bonn/Berlin. Das Bundesinnenministerium möchte den MitarbeiterInnen der »Topographie des Terrors« keine Räume im angrenzenden Deutschlandhaus überlassen. In einem Brief an das »Aktive Museum Faschismus und Widerstand«, das diesen Vorschlag angesichts der akuten Platzmangels auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände gemacht hatte (die taz berichtete), werden »hausrechtsrechtliche Gründe« angeführt.

Die »Stiftung Deutschlandhaus«, die dort, vor allem für Vertriebenenverbände und Landsmannschaften, insgesamt 90 Räume angemietet hat, wird nämlich mit jährlich rund 2,5 Millionen Mark aus dem Bundesinnenministerium gefördert. Ihr Zweck: »Pfleger des ostdeutschen

Kulturgutes«. »Soweit die Stiftung Deutschlandhaus ihrerseits Verbänden Büroräume zur Verfügung stellt«, heißt es in dem Brief weiter, »muß deren Arbeit daher mit dem Stiftungszweck oder der Zweckbindung der Haushaltstitel, aus denen die Arbeit der Stiftung finanziert wird, in Zusammenhang stehen. Diese Voraussetzung ist bei der Stiftung »Topographie des Terrors« nicht gegeben.«

Unbeantwortet bleibt dabei die Frage, ob die »Stiftung Deutschlandhaus« wenigstens ein paar Räume aus dem Mietvertrag abgeben könnte. 90 Räume für Vertriebene und nur drei für die FaschismusforscherInnen im Martin-Gropius-Bau – ein historisches Mißverhältnis. usche

taz, 29. 5. 92

Am Abend des

18. Mai 1942

setzten Mitglieder einer Widerstandsgruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, später meist als "Herbert-Baum-Gruppe" bezeichnet, ein Zeichen gegen die antisowjetische Propagandaexposition mit dem ironisch gemeinten Titel "Das Sowjetparadies" im Lustgarten. Sie brachten zwei Brandsätze in der Ausstellung an. Der Brand wurde bald gelöscht. Menschen kamen nicht zu Schaden.

In der Folge wurden fast alle Mitglieder zweier miteinander verbundenen Gruppen, die mit den Vorbereitungen des Brandanschlags in Verbindung gebracht wurden, verhaftet und nach Prozessen vor Sondergerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Einige wenige erhielten hohe Zuchthausstrafen, andere, darunter Herbert Baum, töteten sich während der Haft oder kamen bereits vor ihrem Prozeß unter ungeklärten Umständen um.

Die Einordnung der an dem Anschlag im Lustgarten beteiligten Widerstandsgruppen ist nicht so einfach, wie es später oft dargestellt wurde. Viele der Mitglieder kannten sich aus der jüdischen Jugendbewegung oder aus dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands. Herbert Baum, der in verschiedenen jüdischen Jugendverbänden und im KJVD Mitglied gewesen war, war sicher eine der wichtigen Identifikationsfiguren - ob aber im Sinne einer "Leitung", ist fraglich. Wenn auch die meisten aus seiner Gruppe jüdischer Abstammung waren, so gehörten doch auch Nichtjuden dazu.

Als "Vergeltung" für den Brandanschlag im Lustgarten wurden 154 Juden in Berlin verhaftet, nach Sachsenhausen gebracht und dort am 28. Mai sofort nach ihrer Ankunft erschossen. Ihre Angehörigen wurden nach Theresienstadt deportiert. Am 29. Mai wurden 96 jüdische Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen dort erschossen.

Weitere 250 Berliner Juden wurden verhaftet und am 29. und 30. Mai nach Sachsenhausen gebracht. Diejenigen, die im Oktober noch lebten - es waren wenige - wurden von dort nach Auschwitz deportiert.

Das Aktive Museum lud zum 18. Mai 1992, Sonnenuntergang, zu einer Gedenkfeier ein. Für alle, die der "Vergeltung" für den Anschlag zum Opfer gefallen sind, wurde ein Licht entzündet. Die Namen der Ermordeten, soweit sie uns bekannt waren, wurden verlesen und die vielen Unbekannten einzeln aufgezählt.

Das Aktive Museum wollte nicht nur an diese Opfer erinnern, sondern auch dazu auffordern, über eine Neugestaltung des Gedenkens an den 18. Mai 1942 und seine Folgen nachzudenken.

Die Kommission "Politische Denkmäler in Mitte" der Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrem Abschlußbericht vom 30. 4. 92 festgestellt, "daß der derzeitige Stein dem Gedenken an die antifaschistische Aktion einer jüdischen Widerstandsgruppe im Lustgarten und der in Folge stattgefundenen Verschleppung und Ermordung vieler jüdischer Bürger Berlins nicht gerecht wird... Die Kommission spricht sich für die baldige Neugestaltung eines Denkmals aus, das umfassend an den jüdischen Widerstand ..und seine Opfer an diesem historischen Platz Berlins erinnert."

Die Schwierigkeit dieser Aufgabe, die sicher auch die vom Senator für Kulturelle Angelegenheiten einberufene Denkmalskommission beschäftigen wird, wollten wir in unserer Aktion darstellen.



Foto: Norbert Bunge



Foto: Norbert Bunge

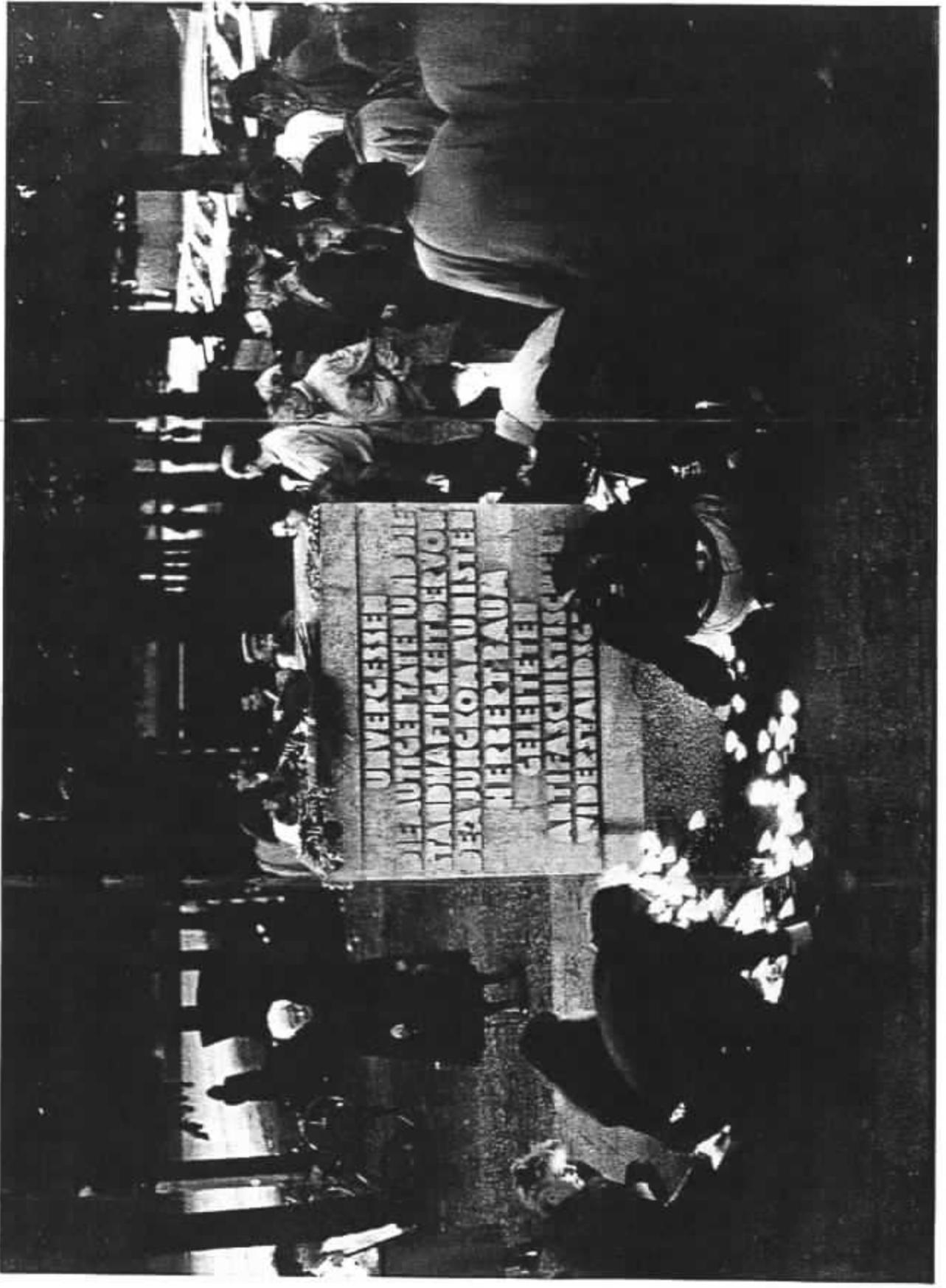


Foto: Norbert Bunge

Der Bundesminister der Finanzen

5300 Bonn 1, 12. Mai 1992

VI A 6 - O 1002 A - 5/92

(Geschäftszeichen bei Antwort bitte angeben)

Graurheindorfer Straße 108

Telefon: (0228) 682-25 87

oder über Vermittlung 682-0

Fax: (0228) 682-4420 Tx: 886645

Tcx: 2283735 = BMF

Der Bundesminister der Finanzen, Postfach 1308, 5300 Bonn 1

Aktives Museum e. V.
z. H. Frau Geschäftsführerin
Christiane Hoss
Köthener Straße 44

1000 Berlin 61

Betr.: Entschädigung und Ausgleichsleistungen für Enteignungen in
der DDR

Bezug: Ihr Schreiben vom 6. April 1992

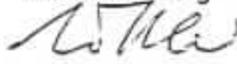
Sehr geehrte Frau Hoss,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 6. April 1992. Ich teile Ihnen
mit, daß Ihre Befürchtung, die Bundesregierung wolle von der DDR
enteignete Kriegsverbrecher entschädigen, völlig unbegründet ist.

Das Gesetz über die Gewährung von Entschädigungen oder Ausgleichs-
leistungen zu Gunsten von in der DDR bzw. SBZ Enteigneter wird vom
Bundesfinanzministerium zur Zeit vorbereitet. Bislang sind noch
keinerlei Beschlüsse gefaßt. Sie sollten nicht auf wäge Pressemit-
teilungen und reine Vermutungen reagieren, sondern die Entschei-
dung des Gesetzgebers abwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Löffler

Dies ist die Antwort auf den im Rundbrief Nr. 16 abgedruckten
Brief des Aktiven Museums. Der Ton ist bemerkenswert. Von den
"wagen" Pressemitteilungen ist eine, ein großer Artikel der
"Berliner Zeitung" ebenfalls im Rundbrief Nr. 16 zu finden.

Die Antwort des NDR auf unsere im
Rundbrief Nr. 16 veröffentlichte
Beschwerde wegen des Auftritts von
Gerhard Frey im Fernsehen am
Abend der Landtagswahlen in Schleswig-
Holstein!

PROGRAMMDIREKTOR
FERNSEHEN

IHR ZEICHEN/DATUM

UNSER ZEICHEN

TELEFON 040/41 56-0

DATUM

ut/lk

oder 4156-

4443

13. Mai 1992

Sehr geehrter Herr Becher,

für Ihr Schreiben vom 7.4.1992, das zuständigkeitshalber an den
NDR weitergeleitet wurde und das ich im Auftrage des NDR-Inten-
danten Jobst Plog beantworte, danke ich Ihnen.

Mit dem Interview mit Herrn Frey von der DVU ist der NDR seinen
journalistischen Pflichten nachgekommen, denn die DVU war der
Überraschungssieger bei den Wahlen in Schleswig-Holstein. Alle
Meinungsumfragen hatten der Partei von Herrn Frey keine Chance
eingeräumt, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Als sich nach
den Hochrechnungen abzeichnete, daß die DVU in den Landtag in
Kiel einziehen würde, war es journalistisch geboten, einen Re-
präsentanten der Partei in das Wahlstudio zu bitten. Zu Beginn
der Wahlendung hatte sich herumgesprochen, daß Herr Frey im
Landtag war. Nach Absprache mit dem ARD-Koordinator haben wir
dann entschieden, Herrn Frey ins Studio zu bitten, weil wir die
anderen Vertreter der DVU, insbesondere den Spitzenkandidaten,
nicht so schnell finden konnten. Im Laufe des Interviews mit
Herrn Frey tauchte dann die Frage auf, wo der Spitzenkandidat
der DVU sei. Aufgrund eines Hinweises von Herrn Frey ist dann
der bis dahin gänzlich unbekannte Spitzenkandidat der Partei,
Herr Stawetz, ins Studio gekommen und gleichfalls interviewt
worden.

Richtig ist, daß üblicherweise in Wahlendungen immer nur die
Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden und die Spitzen-
kandidaten der Parteien in den jeweiligen Bundesländern inter-
viewt werden. Daß von diesem Grundsatz abgewichen wurde, ist
journalistisch vertretbar. Die DVU ist faktisch eine Ein-Mann-
Partei. Ihre Erfolge hängen in erster Linie von Herrn Frey ab.

Das ZDF ist genauso wie die ARD vorgegangen. Dort wurde Herr Frey
noch vor der ARD im Wahlstudio befragt.

DEUTSCHE BANK, HAMBURG, BLZ 200 700 00
KONTO-NR. 0508 911
POSTGIROAMT HAMBURG, BLZ 200 100 20
KONTO-NR. 200 200-201

DER NORDEUTSCHE RUNDFUNK
KANN NUR VON ZWEI BEVOLLMÄCHTIGTEN
PERSONEN VERTRETEN WERDEN.

WIR BITTEN, ALLE ZUSCHRIFTEN AUSSCHLIESSLICH
AN DEN NORDEUTSCHEN RUNDFUNK
UND NICHT AN EINZELPERSONEN ZU RICHTEN.

18

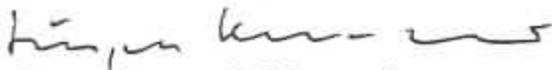
SCHREIBEN AN Herrn M. Becher AKTIVES MUSEUM in Berlin e.V.
DATUM 13. Mai 1992
SEITE - 2 -

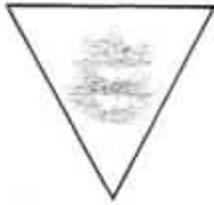
NDR
NORDEUTSCHER
RUNDFUNK

Daß die DVU in der Wahlsendung im Dritten Programm des NDR nicht vertreten war, hat ganz praktische Gründe gehabt. Herr Frey hatte mit sämtlichen Kandidaten der DVU um 20.00 Uhr das Landeshaus in Kiel verlassen. Einen Auftritt in der Sendung im Dritten Programm hat Herr Frey ebenso wie Herr Stawetz abgelehnt. Dies hat auch einer der Moderatoren, Herr Gaede, während der Sendung gesagt.

Der NDR ist sich der Gefahr bewußt, daß insbesondere rechte Parteien das Fernsehen als Forum für ihre Thesen benutzen. Auf der anderen Seite ist es weder unter journalistischen noch unter demokratischen Aspekten vertretbar, solche Parteien wie die Republikaner oder die DVU totzuschweigen. Ihre Schwächen können nur in einem offenen und kompetenten öffentlichen Diskurs, an dem natürlich auch das Fernsehen teilnehmen muß, offengelegt werden.

Mit freundlichem Gruß


Dr. Jürgen Kellermeier



sich engagieren?
handeln statt reden?
sich auseinandersetzen mit deutscher Geschichte?
Lust auf internationale Begegnung?

Jüdische Friedhöfe sind Spuren jüdischen Lebens. Sie weisen auf eine lange Tradition christlich-jüdischen Zusammenlebens hin. Dieses Zusammenleben wurde immer wieder begleitet und unterbrochen von Judenfeindschaft und Antisemitismus - bis zur Verfolgung, Deportation und Ermordung von Juden in der Nazizeit.

Mit unseren Arbeitseinsätzen wollen wir versuchen, Spuren jüdischen Lebens, die vom Verfall bedroht sind, bewahren zu helfen.

Termine: 4. Juli bis 18. Juli Geisa in Thüringen
18. Juli bis 1. August Göppingen-Jebenhausen
25. Juli bis 8. August Usov bei Olomouc/CSFR
22. August bis 5. Sept. Berlin-Weißensee

Einladung zu kurzfristigen internationalen workcamps der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Gedenkstätten und auf jüdischen Friedhöfen

Im Eckerwald bei Rottweil wollen wir durch unseren Arbeitseinsatz eine Initiative unterstützen, die sich der Lokalgeschichte beispielhaft annimmt: KZ-Häftlinge mußten hier in den letzten Kriegsjahren eine Schieferölfabrik aufbauen. Rund 500 Menschen aus vielen Ländern Europas kamen bei dieser Sklavenarbeit ums Leben. Die Initiative Gedenkstätte Eckerwald hat die Ruinen der Fabrikanlagen zugänglich gemacht und bittet uns, bei der Errichtung einer Schutzhütte behilflich zu sein.

Termin: 25. Juli bis 8. August 1992

Die Gedenkstätte Ravensbrück liegt sich am Ostufer des Schwedtsees. Von 1939 bis 1945 waren hier über 130.000 Frauen und Kinder aus zwanzig Nationen inhaftiert, über 90.000 von ihnen wurden ermordet.

Mit unserem workcamp leisten wir einen Beitrag zum Erhalt der Gedenkstätte.

Termin: 18. bis 25. Juli 1992

Wir werden täglich ca 5-6 Stunden praktisch arbeiten. Weitere Programmpunkte sind der Austausch mit TeilnehmerInnen aus osteuropäischen Ländern und die gemeinsame Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte. Zudem wird es verschiedene Freizeitangebote geben.

Wer Interesse und Lust hat mitzutun, melde sich bitte (mit Name, Adresse, Telefonnummer, Alter und Beruf) gleich an bei:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Jebensstr. 1, 1000 Berlin 12 oder Auguststr. 82, 1040 Berlin. Der Eigenbeitrag beträgt 70,-- DM.

Ja, ich möchte das farbige Magazin SPUREN SUCHEN Nr. 6 kennenlernen. Bitte schicken Sie mir gegen Rechnung frei Haus

_____ Einzelheft(e) (je 2 DM)

_____ Klassenpaket(e) à 25 Hefte (je 10 DM, bei Bestellung bis zum 1. 6. 1992 nur 7,50 DM)

Lieferadresse:

Vorname, Name _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____ Unterschrift _____

Wir werden Sie zum 1. September 1992 beliefern.

Schon jetzt möchte ich mich über den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte informieren. Bitte schicken Sie mir sofort kostenlos frei Haus

ein SPUREN SUCHEN-Probeheft

Informationen zum Schülerwettbewerb und zur Körber-Stiftung

das Akademie-Programm des Schülerwettbewerbs 1991/92

ein Publikationsverzeichnis des Schülerwettbewerbs

Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten



WENN SIE

BEWÄHRTES SCHÄTZEN

UND EXPERIMENTE

TROTZDEM LIEBEN,

SOLLTEN SIE

DIE EINLADUNG ZUM

SCHÜLERWETTBEWERB DES

BUNDESPRÄSIDENTEN

ERNSTHAFT PRÜFEN ...

Haben Sie noch Fragen?

Rufen Sie uns doch einfach an! Wir möchten Sie gerne kennenlernen, informieren und beraten. Erreichbar sind wir montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr unter der Nummer 040/721 35 54. Wir rufen zurück! Informieren Sie sich auch über unsere Fortbildungsseminare für Wettbewerbstutoren.

DAS KURATORIUM

Vorsitzender
Dr. Andreas Meyer-Landrut
Staatssekretär, Chef des
Bundespräsidialamtes

stellverw. Vorsitzender
Dr. Kurt A. Köber
Stifter

Dr. Friedrich Besch
Staatssekretär im
Kultusministerium
Nordrhein-Westfalen

Marianne Birtler
Ministerin für Bildung,
Jugend und Sport,
Land Brandenburg

Prof. Klaus von Bismarck
Dipl.-Kfm. Horst Dahlhaus
Direktor der
Bundeszentrale
für politische Bildung

Dr. Wolfgang Nowak
Staatssekretär im Sächsi-
schen Staatsministerium für
Kultur

Prof. Dr. Reinhard Rürup
Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Hagen Schulze
Universität der Bundeswehr
München

Prof. Dieter Stolte
Intendant des ZDF

Arnold Vaatz
Sächsischer Staatsminister
für Umwelt und Landes-
entwicklung

Dr. Dieter Wunder
Vorsitzender der
Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaft
Geschäftsbereich

Dr. Wolf Schmidt

Anschluß

Kampchaussee 10
2050 Hamburg 80

Tel.: 040/721 35 54
FAX 040/7250 3845



... denn bewährt hat sich der Geschichtswettbewerb, den die Hamburger Körber-Stiftung für den Bundespräsidenten ausrichtet, bereits seit 1973. Rund 64 000 Kinder und Jugendliche haben mit über 12 000 Projekten Lokalgeschichte selbst erforscht – unterstützt von ihren Fachlehrern als Tutoren.

Werden auch Sie Tutorin oder Tutor!

Wenn Sie Geschichte, Sozial- oder Gemeinschaftskunde, Geographie, Religion, Deutsch oder Kunst unterrichten, dann geht Sie unser neues Thema an:

DENKMAL:

ERINNERUNG – MAHNUNG – ÄRGERNIS

Was Ihnen der Lehrplan auch vorschreibt – ob industrielle Revolution, Kaiserreich, Weltkriege, ob Religion, Kunst, Ökologie oder Literaturgeschichte – kaum ein Thema, zu dem es nicht auch an Ihrem Ort Denkmale zu entdecken gibt. Straßen- oder Schulnamen, die stillgelegte Fabrik, die Kirche, die 1000jährige Eiche – alles, was alt ist oder an Vergangenheit erinnert, kann Denkmal sein. Solche Objekte der Geschichte durch forschendes Lernen zu entschlüsseln, darum geht es bei diesem Wettbewerb. Auch verschwundene oder nie verwirklichte Denkmale können erforscht werden.

Aber: Psst!!! Noch streng vertraulich!

Noch teilen wir Ihnen das neue Thema nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit mit: Ihre Schüler wird Richard von Weizsäcker offiziell am 1. September 1992 zur historischen Spurensuche aufrufen. Einsendeschluß ist dann am 28. Februar 1993.

Und was ist jetzt schon zu tun?

Wenn Sie die Idee des Wettbewerbs reizt, dann können Sie schon jetzt für's nächste Schuljahr Arbeitsgemeinschaften, Projekttag, Kursangebote oder Unterrichtseinheiten planen. Halten Sie Ausschau nach möglichen Themen und Teilnehmern.

Und bestellen Sie schon jetzt SPUREN Nr. 6 SUCHEN

Jede Menge Projektideen, praktische Tips für die Spurensuche, dazu ungewöhnliche historische Fotos und Geschichten zum Thema und die komplette Ausschreibung bietet SPUREN SUCHEN Nr. 6, unser spannendes Geschichtsmagazin. Eine lohnende Lektüre für Sie und Ihre Schüler.

SPUREN SUCHEN Nr. 6 erscheint zum 1. September 1992. Wer es schon vorab, nämlich bis zum 1. Juni 1992 bestellt, erleichtert unsere Planung und erhält das Klassenpaket zum Vorzugspreis von 7,50 DM.

Lohnt sich das Mitmachen?

Geschichte vor Ort selbst erforschen, Zeitzeugen befragen, in Archiven stöbern oder vor Ort am Denkmal recherchieren – das bringt Spaß und neue Erfahrungen für Ihre Schüler und für Sie.

Preise für über 250 000 DM

Für Ihre Schüler stehen Preise für mehr als eine Viertelmillion bereit: z. B. 185 Geldpreise (bis zu 3000 DM), 200 Buchpreise (zu je 150 DM) und Stipendien der Studienstiftung des deutschen Volkes. Dazu rund 100 Überraschungspreise, Urkunden und ein Anerkennungsgehalt für jeden. Und: Alle Preisträger können an unserem exklusiven Akademie-Programm teilnehmen: Workshops, die ungewöhnliche Einblicke in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bieten. Außerdem der Schulpreis des Bundespräsidenten und 5000 DM für die erfolgreichste Schule.

Auch Ihre Schüler haben eine Chance!

Beim Schülerwettbewerb sind traditionell alle Schularten beteiligt. Dem tragen wir Rechnung: Bei uns wird jeder Beitrag individuell beurteilt. Alter und Schulart werden berücksichtigt.

Paßt in einen Fensterbriefumschlag

Schülerwettbewerb
um den Preis des Bundespräsidenten



Kampchaussee 10

2050 Hamburg 80

SPUREN SUCHEN

... das Magazin zum Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten

Kohl: Das Asylrecht ist uns heilig

Der Bundeskanzler spricht sich gegen eine Änderung aus

Baden-Baden (KNA/dpa/SZ) - Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich gegen eine Änderung des Asylrechts ausgesprochen. „Das Asylrecht steht nicht zur politischen Disposition, versicherte der CDU-Vorsitzende auf dem Deutschlandtag der Jungen Union (JU) am Wochenende in Baden-Baden. Menschen, die aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt würden, fänden auch weiterhin in der Bundesrepublik Asyl. „Das Asylrecht ist uns heilig“, betonte Kohl vor den 300 Delegierten. Nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der JU, Christoph Böhr, müssen die Menschenrechte, wie Freizügigkeit und Religionsfreiheit, in allen Staaten Europas gleichermaßen gelten. Bei der Schaffung des EG-Binnenmarktes 1992 und dem engeren politischen Zusammenrücken der EG-Staaten dürften die Länder Ost- und Mitteleuropas nicht ausgegrenzt werden. „Unsere politische Vision heißt, Europas Zukunft muß grenzenlos sein“, sagte der JU-Vorsitzende.

Innenministerium bestätigt Bericht der SZ

Das Bundesinnenministerium hat dagegen am Wochenende die Forderung nach einer Änderung des Asyl-Artikels im Grundgesetz wiederholt. Ein Sprecher verwies dabei auf einen Erfahrungsbericht der Länderinnenminister, über den die *Süddeutsche Zeitung* am Wochenende berichtete. Danach kann ein Großteil abgelehnter Asylbewerber nicht abgeschoben werden. Nach Informationen der SZ heißt es in dem bisher nicht publik gemachten Bericht des Bundesinnenministeriums vom 14. Juni: „Daß ein Großteil

abgelehnter Asylbewerber nicht abgeschoben wird, liegt nicht daran, daß aus Unkenntnis oder Säumnis keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen eingeleitet werden, sondern an rechtlich zwingenden Hindernissen, an politischen und humanitären Entscheidungen oder an organisatorisch nicht behebbaren Problemen.“

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte die Darstellung der SZ. Der Bericht beziehe sich auf eine Untersuchung der Innenministerkonferenz über das erste Halbjahr 1987. Das Bild sei also eine „Momentaufnahme“, die sich ändern könne und auch schon geändert habe. Beispielsweise gebe es jetzt eine große Zahl jugoslawischer Asylbewerber, von denen weniger als ein halbes Prozent tatsächlich anerkannt werde. Abschiebungshindernisse in bezug auf Jugoslawien seien kaum zu sehen. Außerdem sei die Haltung gegenüber den nicht als asylberechtigten anerkannten Polen geändert worden, was sich erst jetzt auszuwirken beginne.

Der Sprecher wiederholte die Ansicht des Innenministeriums, wonach der Artikel 16 der Verfassung („politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) durch einen Gesetzesvorbehalt („... das Nähere regelt ein Gesetz“) ergänzt werden sollte. Dazu bedarf es jedoch einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, die voraussichtlich nicht zustande kommt, da es auch innerhalb der Koalition Widerstand gegen die Änderung gibt. Gegner einer Grundgesetzänderung hatten in den vergangenen Monaten immer wieder eine schnellere Abschiebung der abgelehnten Asylbewerber gefordert.